

EUROPA UND NORDAMERIKA

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

September 2015

www.kas.de

Albanien

Dr. Thomas Schrapel (31.08.2015)

Migration als (entwicklungs-)politisches Thema

Eine konkrete Diskussion zum Thema Migration hat in Albanien im Rahmen der EZ-Runden bisher noch nicht stattgefunden, in der Vergangenheit hat es bei diesen Runden jedoch immer eine Rolle gespielt. Da Albanien in spezifischer und evidenter Weise betroffen ist, wurde Migration bei politischen Gesprächen thematisiert. Die Bundeskanzlerin stattete Albanien am 08. Juli 2015 einen offiziellen Besuch ab. Sowohl in deren Pressekonferenz als auch in einer Rede im Rahmen einer albanisch-deutschen Wirtschaftskonferenz wurde das Thema von ihr angesprochen. Auch *Andreas Lämmel* MdB, der vom 08. – 12. Juli in Albanien war, erörterte in allen politischen Gesprächen mit Vertretern der Regierung und der Opposition das Thema der sprunghaft angestiegenen Asylbewerber aus Albanien speziell in Deutschland.

In der öffentlichen Diskussion ist das Thema Migration außerordentlich präsent. Vertreter sowohl der Regierung als auch der Opposition äußern sich seit Beginn der Sommerpause (Ende Juni) regelmäßig zum Thema. Die Opposition gibt der jetzigen Regierung die Alleinschuld daran, dass Albaner seit Monaten in großen Zahlen über den Weg eines Asylverfahrens Aufenthalt in EU-Ländern erlangen wollen. Bevorzugtes Ziel ist dabei Deutschland, mit weitem Abstand gefolgt von Frankreich. Verantwortlich dafür ist laut Opposition die ihrer Meinung nach schlechte Wirtschaftspolitik der Regierung. Der sprunghafte Anstieg der Asylsuchenden aus Albanien stehe in direktem Zusammenhang mit der Regierungspolitik. Sowohl Opposition als auch Regierung rufen die Menschen dazu auf, nicht diesen Weg zu gehen und ihre Zukunft in Albanien zu suchen. Von beiden Seiten wird befürchtet, dass die großzügigen Visa-Bestimmungen – Albaner können im Rahmen des Schengen-Abkommens seit einigen Jahren ohne Visum in die EU einreisen – wieder verschärft werden.

Was sind die Hauptursachen für Abwanderung?

Beim überwiegenden Teil der albanischen Migranten spielen wirtschaftliche Motive die wichtigste oder ausschließliche Rolle. Die Betroffenen sehen mittelfristig einfach keine Perspektiven für sich und ihre Familien, in dem sich diese wirtschaftliche Situation evident verbessern könnte. Die Auswirkungen der ökonomischen und finanzpolitischen Krise in Griechenland wirken hier bereits ganz direkt. Mindestens eine halbe Million Albaner arbeiteten bisher in Griechenland und versorgten so ihre Familien in Albanien. Deren Chancen auf dem albanischen Arbeitsmarkt sind ausgesprochen gering, so dass sie eine ausländische Alternative für Arbeit suchen – vorzugsweise in Deutschland.

Es fällt auf, dass insbesondere viele Familien aus Nordalbanien das Land in Richtung Deutschland verlassen. In den dortigen Provinzen waren traditionell die meisten Wähler der „Demokratischen Partei“ (DP). Letztere verlor jeweils im Juni 2013 und 2015 die Parlaments- bzw. Kommunalwahlen mit deutlichem Abstand. Entsprechend der albanischen politischen Kultur und Mentalität sehen diese Menschen angesichts der allzu starken Dominanz des regierenden Linksbündnisses keinerlei Perspektiven für sich. Die Menschen fühlen sich in dieser Stimmung bestätigt, weil Vertreter des Linksbündnisses bis hin zum amtierenden Ministerpräsidenten im letzten Kommunalwahlkampf unmissverständlich klarmachten, dass Tirana nur den Provinzen wirtschaftlich helfen werde, die sich mehrheitlich für die Kandidaten des Linksbündnisses entscheiden würden.

Rein juristisch und im Sinne des deutschen Asylrechts handelt es sich bei den Albanern gewiss um „Wirtschaftsflüchtlinge“. Jedoch sollte zumindest festgehalten werden, dass das Gefühl der Perspektivlosigkeit parteipolitisch intendiert ist!